

Die prahlende Sozialdemokratie und ihr Versagen

Die Sozialdemokraten und ihr Reichsbanner bildeten gemeinsam mit Gewerkschaftern, freien Sportlern und anderen linken Organisationen die im Dezember 1931 gegründete „Eiserne Front“. Ihr Symbol waren die drei Pfeile, geringfügig auch als „Pfeilchen“ benannt, die die



drei Feinde der Demokratie symbolisierten: Kommunisten, Nationalisten und Monarchisten; sie standen aber auch für die Arbeiterbewegung aus SPD, Reichsbanner und Gewerkschaften. Zu den ausgesprochenen Feinden gehörte der Stahlhelm, besonders auch der Landesführer Werner Schrader, der vom SPD-Volksfreund, als „Misthaufen“ bezeichnet wurde. Was die Reichsbanner-Führer tatsächlich dazu gebracht hat, diese Feindschaft innerhalb von vier bis fünf Wochen zu überwinden und sich in die Reihen dieses Feindes einzufügen, ist bisher noch unbekannt. Haben die Verantwortlichen und natürlich die 1300 Männer, die am 27.3. in den Stahlhelm aufgenommen werden wollten, geglaubt, das würde ohne Reaktion der nationalsozialistischen Führer und ganz ruhig ablaufen? Oder war der waffenlose Aufmarsch vor der AOK der

Versuch einer Machtdemonstration? Vielleicht gelingt es, mit Hilfe des „Volksfreund“ einige Wochen zurückzublicken und dann nachzuvollziehen, wie blauäugig die Sozialdemokratie ins Messer der rücksichtslosen Nationalsozialisten gelaufen war.

Die Reichstagswahlen am 6. November 1932 endeten mit Stimmenverlusten der NSDAP. Da die SPD im Braunschweiger Land Stimmen dazu gewann, sah sich die SPD bereits als Siegerin: *Die „braune Invasion“ sei an der Eisernen Front zerbrochen, so schrieb „Volksfreund“ Chefredakteur Bartels. Der Niedergang der NSDAP habe begonnen: 1932 Faschismus geschlagen - 1933 Sozialismus erringen*.¹ Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler - zweieinhalb Monate später - schätzte der Berliner „Vorwärts“ die Lage realistisch ein: *Der Reichspräsident hat mit der Ernennung dieser Regierung die furchtbarste Verantwortung übernommen, die jemals ein Staatsoberhaupt übernommen hat*.² Der Braunschweiger „Volksfreund“ nahm die Situation nicht so ernst und stimmte seine Leser auf die Niederlage der Nationalsozialisten ein und sah den Sieg der Sozialdemokratie voraus: *Eine tiefe Enttäuschung wird in den nächsten Wochen durch jene Teile des deutschen Volkes ziehen, die bisher Hitler ihre Stimme gaben. Ihre hochgespannten Erwartungen werden nicht erfüllt werden. Damit beginnt für uns die Zeit der Ernte! Jetzt wird der Boden für unsere Arbeit gelockert!*³ Die Ortskampfleitung der Eisernen Front in Braunschweig rief alle Mitglieder zu ei-

Heute Demonstration Leonhardplatz Abmarsch 6 Uhr

Aufmarschplan der Eisernen Front!

Leonhardstraße			
Arbeiterhof	Säule IV Nafo Jungbanner Abtlg. West des Reichsb. Betriebe Schupo	Säule III Schupo Abtlg. Nord des Reichsb. Sportler	Säule II Schupo Abtlg. Ost des Reichsb. Gewerkschafter
Säule I Die Abgeordneten u. Stadtverordneten der SPD. Schupo Abtlg. Süd des Reichsb. SPD.		Paradedamm	

Fahnen und Stempel werden mitgeführt. -- Spielleute vor ihren Gruppen. -- Jede Formation sorgt für strengste Disziplin. -- Provokateure, die durch beschimpfende Zurufe die Auflösung des Zuges erzwungen wollen, werden rücksichtslos aus dem Zuge entfernt.

Die Ortskampfleitung der Eisernen Front

Beilage zum Volkswort
 Braunschweig, Dienstag, den 31. Januar 1933

Männer der Eisernen Front!

Die politische Unreife vieler Schichten des deutschen Volkes hat Adolf Hitler 196 Abgeordnete und damit letzten Endes die politische Macht in die Hände gegeben. Die ungeheure Wirtschafskrise bereitet den Boden für jenen Wunderglauben, der Millionen Menschen in Adolf Hitler einen Wunderheiliger erblicken ließ!

Millionen Menschen werden jetzt von diesem Wunderglauben befreit werden. Eine tiefe Enttäuschung wird in den nächsten Wochen durch jene Teile des deutschen Volkes ziehen, die bisher Hitler ihre Stimme gaben. Ihre hochgepönten Erwartungen werden nicht erfüllt werden!

Damit beginnt für uns die Zeit der Grute! Jetzt wird der Boden für unsere Arbeit gelockert werden!

Somit haben wir die Pflicht, gegen die Bedrohung der Volkrechte durch die heutige Reichsregierung zu protestieren!

Somit haben wir unseren Willen zur Freiheit, zur Demokratie und zur deutschen Republik durch einen Massenaufruf zu bekunden!

Darum ruft die Ortskommission der Eisernen Front alle Republikaner der Stadt Braunschweig auf, am Dienstagabend um 6 Uhr zusammen mit der Eisernen Front zu demonstrieren gegen die Diktaturgehalte jener „hauchdünnen Herrschicht“, die vor wenigen Wochen von Hitler erdichtet bekämpft wurde, und mit der er sich heute verbündet hat.

Zieht den Massenmarsch der Arbeiterbattillone wieder einmal durch die Straßen Brühnen!

Seht, daß ihr da seid und daß ihr auch zur Republik und zur Freiheit und zum Sozialismus bekamt!

Heran zur Demokratie!

Die Ortskommission der Eisernen Front
 Otto Zehlemann

ner Demonstration gegen die *hauchdünne Herrschicht* auf und schwelgte in Siegeszuversicht: *Laßt den Massenschritt der Arbeiterbattillone wieder einmal durch die Straßen dröhnen!*⁴

Dazu Berndt Rother:

Die Reaktionen von SPD und KPD auf die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 zeigen, daß sie gegen die Nationalsozialisten kein erfolversprechendes Konzept hatten. Die KPD rief in Verkennung der Realitäten reichsweit zum Generalstreik auf, ohne aber bei den Arbeitern Widerhall zu finden. Die Eiserne Front reagierte defensiv: Sie verhängte aus Furcht vor nationalsozialistischer Unterwanderung eine Aufnahmesperre und führte eine Demonstration durch, an der in der Stadt Braunschweig 7000 Menschen teilnahmen. Ansonsten

*wartete sie auf Anweisung der Zentrale in Berlin.*⁵

Anders als die sich zurückhaltenden Sozialdemokraten und die Gewerkschafter protestierten die Kommunisten sofort gegen die neuen Machtverhältnisse. Mit Sprechhören forderten sie in Wolfenbüttel die Einwohner am Tag danach auf, um 19 Uhr an einer Gegendemonstration gegen Hitler und Hugenberg teilzunehmen. Doch Kreisdirektor Hinkel reagierte sehr schnell: Er verbot die Veranstaltung. In einem Schreiben an Klagges teilte er mit, die lokale KPD habe am 31. Januar ein Flugblatt verteilt, in dem es unter anderem geheißen habe: *An die Arbeiterschaft Wolfenbüttels, Kollegen, Klassengenossen! Die politische Lage in Deutschland hat Formen angenommen, die Parole Abwarten oder kleineres Übel hat uns mit eindringlicher Wucht bewiesen, wohin wir gekommen sind. Kollegen, Genossen, Erwerbslose! Die Parole heißt heute nicht Abwarten, sondern Handeln. Generalstreik zum Sturz dieser Regierung muß unsere Antwort sein. Heute Abend sieben Uhr große Massenkundgebung auf dem Schloßplatz. Massen heraus! Es lebe die Einheitsfront aller Arbeiter. KPD, gez. Rönnicke, Wallstraße 1.*⁶

Die Lokalzeitung berichtete am nächsten Tag, der Schloßplatz sei beim Eintreffen der KPDler bereits von Polizei besetzt gewesen.: *Die Demonstration wurde nach der Auguststadt zu abgedrückt, während die übrigen auf die Aufforderung der Beamten hin ebenfalls den Platz verließen. Natürlich hatte die Ansage der Gegendemonstration auch sehr viele Neugierige auf die Beine gebracht und noch lange wimmelte es in der verhältnismäßig stillen Straße der Auguststadt wie in einem Ameisenhaufen. Überall standen Gruppen und diskutierten über das Verbot dieser Kundgebung. Der Aufforderung der Beamten, in Bewegung zu bleiben, wurde überall entsprochen, sodaß es nirgends zu Ausschreitungen kam. Hier und da bildeten sich kleinere Sprechhöre, die ihr „Nieder mit Hitler“ hören ließen. Sie verstummten aber bald, wenn die Beamten nahten.*⁷

⁴ Ebd.

⁵ Rother, Berndt, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig 1918 bis 1933, Bonn, 1990, S. 253.

⁶ StA Wf, 127 Neu, Nr.216.

⁷ Wolfenbütteler Zeitung, 1.2.1933.

Das Volk erwacht!

Gewaltige Demonstration der Braunschweiger Arbeiterschaft – Nazis pöbeln vergeblich

Am gleichen Tag machte laut Lokalzeitung der Wolfenbütteler Kreisleiter Bertram während der Siegesfeier den Linken ein Angebot: *Wir wollen den ehrlichen Gegner achten, auch dieser ist ein Deutscher von einer deutschen Mutter geboren. Wir werden ihn nicht mundtot machen. Kritik bleibt erlaubt, und wenn wir Nationalsozialisten etwas falsch machen, dann soll es in die Welt geschrien werden. Gemeinsam wollen wir die Arbeit für die Rettung des deutschen Vaterlandes im Sinne dieser Worte aufnehmen: Einigkeit macht stark. Eins aber darf es ab morgen nicht mehr geben, dass auf der Straße noch „Heil Moskau!“ gerufen wird! Dann werden wir nicht lange fackeln und diese Leute sofort einsperren.*⁸

Nachdem der Nationalsozialismus sein immer vom Volksfreund bezweifelt und mit Hohn und Spott überzogenes Ziel erreicht hatte, fuhr die Zeitung auch am Tag nach der von den Nationalsozialisten als „Machtergreifung“ bezeichneten Ernennung Hitlers auf die gleiche Weise fort und machte sich über die Erwartungen der NSDAP-Wähler lustig: *Der Unternehmer erwartet, dass die Gehälter seiner Angestellten und Arbeiter gedrückt werden und dass er keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung mehr zu bezahlen braucht. Der Nazi-Arbeiter aber hofft, dass sich sein Lohn verdoppelt.*⁹ Nach der Schlagzeile „Hitler Reichskanzler“ behauptete der Volksfreund am 1. Februar siegesgewiss, die Sozialdemokratie werde nicht aufgegeben, sie sei für alle Eventualitäten gerüstet: *Die Arbeiterschaft müsse stündlich bereit sein, den Abwehrkampf gegen alle reaktionäre Bedrohung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu führen. Und: Die Sozialdemokratie lasse sich die Taktik nicht vom Gegner vorschreiben. Sie bestimme selbst, wann und wie sie ihre Kräfte einsetze. Alle hätten den Wunsch, in diesem Kampf in einem guten Verhältnis zu den kommunistischen Arbeitern zu stehen.* Die Vertreter der Gewerkschaften, so der Volksfreund, hätten sich schon von vornherein mit allen geplanten Maßnahmen solidarisch erklärt und betont: *Wenn ihr ruft, sind wir da!*¹⁰

Berndt Rother berichtet:

Am 2. Februar trafen sich die Kreisvorsitzenden der SPD mit dem Bezirkssekretär P. Junke, um die neue Lage zu besprechen. Überliefert sind nur die Anweisungen Junkes. Sie zeigen, wie hilflos die SPD angesichts der drohenden Illegalität war, wie sehr sie vor Gegenaktionen zurückschreckte, um die Organisation zu retten.

1. Es ist darauf zu achten, daß keinerlei Sonderaktionen (Streiks, Vereinigung mit Kommunisten) vorgenommen werden, da sonst mit einem Verbot der Gewerkschaften etc. zu rechnen ist. Diese Situation ist durch die Kommunisten geschaffen.

2. Die augenblickliche Lage erfordert eine Umstellung unserer Organisation. Alle wichtigen Orte sind als Stützpunkte zu bezeichnen. Ferner ist für den Kreisleiter eine geeignete Person als Ersatz zu benennen.

⁸. Wolfenbütteler Zeitung vom 31. Januar 1933

⁹ Volksfreund, 31.1.1933.

¹⁰ Volksfreund, 1.2.1933

3. Es ist ferner mit einem Verbot der Presse zu rechnen, darum ist engste Verbindung mit den Lesern zu halten.
4. Ferner ist engste Verbindung mit der Kreiskampfleitung der Eis[ernen] Front zu halten. Die Benachrichtigung erfolgt durch die Partei.
5. Sollte die Lage noch schlimmer werden, gibt Gen. J[unke] Treffpunkt bekannt. [...]
7. Zur Wahl: Die Verbindung mit Kommunisten ist abzulehnen. [...]"¹¹



Otto Rüdiger, der in seiner Heimatstadt die Entwicklung der NSDAP von der Splitter- zur Mehrheitspartei hautnah miterlebt hatte und beruflich eines ihrer ersten Opfer geworden war, kommentierte nach 1945 die immer für unmöglich gehaltene Situation mit hasserfüllten Worten: *Die Arbeitsunlustigen, die Unfähigen, die Minderwertigen, die Vorbestraften brachten Hitler an die Macht. Das Untermenschentum wurde auf Gegensätzliche losgelassen.*¹² Die Wahrheit in diesen Worten paarte sich mit dem Hass auf das Unausweichliche, und die Enttäuschung über die NSDAP-Wähler kleidete er in Begriffe, die eher der Sprache der Nationalsozialisten zuzuordnen waren. Sie verdeutlichen aber auch die Selbstlüge der SPD, die immer geglaubt hatte - und im Hinblick auf zukünftige freie Wahlen auch fünf Minuten nach zwölf noch fest davon überzeugt war - die einzig wahre Massenpartei Deutschlands zu sein.

Am 11./12. Februar hielten die Sozialdemokraten in Bad-Gandersheim noch einen Bezirksparteitag ab, den der Volksfreund als *Eine Machtvolle Kundgebung für den Sozialismus* bezeichnete. Große Sätze wurden formuliert: *Von der Sammlung und Entschlossenheit unserer Bewegung geht die starke Anziehungskraft und Gewinnungskraft der proletarischen Schichten aus.* Berndt Rother kommentierte dieses Ereignis: *Der Parteitag habe mehr die Funktion gehabt, sich selbst Mut zu machen, denn konkrete Strategien angesichts der neuen Situation zu diskutieren.*¹³

Am 6. Februar, berichtet Otto Rüdiger, *versammelten sich die Kinderfreunde*¹⁴ im „Blauen Engel“ in Wolfenbüttel. *Der Schöninger Lehrer Hermann Neddermeyer sprach über „Erziehung zum nationalen Wehrwillen oder zum sozialistischen Kämpfertum“.* *Die Polizei mußte eingreifen, weil sich braune Horden in großen Mengen vor dem Lokal angesammelt hatten.*¹⁵

Die aufputschenden Sprüche des Volksfreund, der am 1. März für immer verboten wurde, und die Ereignisse vom 27. März verdeutlichen das Dilemma der SPD, das zu ihrem Schicksal

¹¹ Rother, Berndt, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig 1918 bis 1933, Bonn, 1990, S. 253.

¹² Rüdiger, Otto, Das Wirken vom sozialdemokratischen Ortsverein der Stadt Wolfenbüttel in der Zeit von 1890 bis 1950, unveröffentlichtes Typoscript, S. 374.

¹³ Rother, Berndt, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig 1918 bis 1933, Bonn, 1990, S. 256.

¹⁴ Die "Kinderfreunde" war eine reichsweite sozialdemokratische Arbeiterkinder-Organisation. Vgl.: Wetzorke, Friederike, Die Braunschweiger Kinderfreundebewegung 1924-1930. Lagerromantik und sozialistische Erziehung, Frankfurt 1992. Hermann Neddermeyer war ein überragender Inspirator dieser Kinderbewegung.

¹⁵ Rüdiger, Otto, Das Wirken vom sozialdemokratischen Ortsverein der Stadt Wolfenbüttel in der Zeit von 1890 bis 1950, unveröffentlichtes Typoscript, S. 377.

wurde: Große Sprüche in Braunschweig, die den Realitätsverlust dokumentierten, und dann die Schicksalsergebenheit der wehrlos gewordenen SPD-Mitglieder. 7000 Menschen marschierten durch die Stadt, eine machtvolle Zahl. Wie wäre die Geschichte nicht nur in Braunschweig verlaufen, wären diese in der Eisernen Front zusammenstehenden Menschen vielleicht noch mit Unterstützung des kommunistischen Rotkämpferbundes nicht nur durch Braunschweig gelaufen, sondern hätten den Amtssitz Klagges' am Bohlweg besetzt? Eine Frage, die in der braunschweigischen Geschichtsschreibung zum Nationalsozialismus bisher noch nicht gestellt wurde. Es blieb nach dieser womöglich vertändelten Chance nur das Massenbegehren des Reichsbanners, in den Stahlhelm aufgenommen zu werden. Dieses Ereignis benutzte - missbrauchte - Roloff zur Bildung eines falschen Mythos', dem des bürgerlichen Widerstands eines Mannes, der schlichtweg unsinnig ist. Er beschreibt, wie schon mehrfach erwähnt, diesen Vorfall als „sogenannten Putsch“ und sogar als „Rebellion“, als Widerstand und bezeichnete Schrader als einen *der wenigen, die von Beginn an Widerstand leisteten*. Er habe versucht, *den Stahlhelm noch 1933 gegen die Nationalsozialisten einzusetzen*.¹⁶ Was war denn wirklich passiert, an diesem 27. März 1933? Der Reichsbannerführer Hedergott hat-te beim Stahlhelm nachgefragt, ob der Bund der Frontsoldaten bereit wäre, auch linke Frontsoldaten aufzunehmen. In der AOK lagen Aufnahmeformulare bereit, die brav ausgefüllt wurden. Das Ausfüllen der Formulare soll ein Putsch gewesen sein, eine Rebellion? Da fällt mir ein Lenin zugeschriebener Spruch ein: *Revolution in Deutschland? Das wird nie etwas, wenn diese Deutschen einen Bahnhof stürmen wollen, kaufen die sich noch eine Bahnsteigkarte!*

Zum Abschluss möchte ich erneut aus dem Klagges-Urteil zitieren: *Soweit am 27.3.1933 die öffentliche Ordnung und Sicherheit tatsächlich gestört worden ist, ist dieser Zustand allein durch das Verhalten der auf Anordnung des Angeklagten (Klagges, J.K.) eingesetzten Nationalsozialisten hervorgerufen worden. Da der Stahlhelm von den durch die im Verordnungswege erlassenen Verbote von Vereinen und Organisationen nicht betroffen war, konnte ihm selbst nach der damaligen Gesetzeslage das Recht nicht bestritten werden, beliebig viele Mitglieder aufzunehmen. Die Unrichtigkeit der Behauptung, daß die Aufnahme geschehen sei, um eine verbotene Organisation unter einem Deckmantel fortzuführen oder gar einen gewaltsamen Umsturz in die Wege zu leiten, ist festgestellt. Schließlich konnten auch gegen die Form, in der sich die Anmeldungen vollzogen, keine Bedenken bestehen; denn da die Aufnahmesuchenden nicht in geschlossener Formation zur AOK marschierten und die Anmeldungen in einem geschlossenen Raum vor sich gingen, war es lediglich der erhöhte Fußgängerverkehr auf den Zugangsstraßen, der als störend empfunden werden konnte. Daß es aber möglich war, diesen Verkehr durch die im normalen Streifendienst tätigen Polizeibeamten in die rechten Bahnen zu leiten, ohne daß es einer besonderen Polizeiaktion bedurfte, kann keinem Zweifel unterliegen.*¹⁷

¹⁶ Braunschweiger Zeitung, 20.7.1994.

¹⁷ Im Namen des Rechts. In der Strafsache gegen den früheren Braunschweigischen Ministerpräsidenten Dietrich Klages. Braunschweig, 5.4.1950, S. 82 f.